

Fischereisubventionen sollten die Durchführung der Gemeinsamen Fischereipolitik fördern

Plenarabstimmung am 23. Oktober 2013 über den Europäischen Meeres- und Fischereifonds

(A7-0282/2013 - 2011/0380(COD))

Berichterstatter: Alain Cadec (EPP)

Im Februar hat das Europäische Parlament mit seiner Entscheidung zugunsten einer Neuausrichtung der Gemeinsamen Fischereipolitik (GFP) einen wichtigen Schritt unternommen: Die neuen Vorschriften zielen darauf ab, die Überfischung zu beenden und die europäischen Fischereien nachhaltig und profitabel zu machen. Die in Kürze anstehende Plenarabstimmung über den Europäischen Meeres- und Fischereifonds (EMFF) – das Finanzinstrument zur Durchführung der GFP – bietet die einmalige Gelegenheit, sicherzustellen, dass die europäischen Steuergelder der Durchführung einer reformierten GFP dienen und deren ehrgeizige Ziele umsetzen.

BirdLife Europe, Greenpeace, Oceana, OCEAN2012 und der WWF appellieren an die Mitglieder des Europäischen Parlaments, für einen EMFF zu stimmen, der Folgendes vorsieht:

- **Erhöhung der Finanzhilfen für Maßnahmen zur Datenerhebung und zur Kontrolle und Durchsetzung der Richtlinien;**
- **Streichung von Subventionen, die einen Anreiz für Überfischung bieten.**

Erhöhung der Finanzhilfen für Maßnahmen zur Datenerhebung und zur Kontrolle und Durchsetzung

Derzeit belaufen sich die jährlichen Subventionen der EU für den Fischereisektor auf ca. 836 Mio. Euro für strukturelle Maßnahmen und 156 Mio. Euro für Fischereipartnerschaftsabkommen. Gleichzeitig werden jährlich nur 50 Mio. Euro für Forschung und Datenerhebung sowie für Maßnahmen zur Kontrolle und Durchsetzung der Richtlinien bereitgestellt. Der Europäische Rechnungshof kritisierte dies als zu gering.¹

Eine effektive Datenerhebung sowie die Kontrolle und Durchsetzung der Vorschriften gehören zu den Grundvoraussetzungen für verantwortungsvolles Fischereimanagement. Doch für die Hälfte der Fischbestände im Nordostatlantik und in angrenzenden Gewässern² mangelt es an geeigneten Daten, und viele Mitgliedsstaaten sind für die unzureichende Überwachung und Durchsetzung der Vorschriften scharf kritisiert worden.³ Darüber hinaus verhindern mangelnde Kontrolle und Durchsetzung gleiche Wettbewerbsbedingungen für alle Fischereibetreiber und könnten die Umsetzung des vereinbarten Rückwurfverbots untergraben.

Der Kommissionsvorschlag sieht nur geringfügige Änderungen der Mittelverteilung vor (EMFF Artikel 15). Diese reichen nicht aus, um das zwischen Parlament und Rat im Juni vereinbarte verbesserte Bestandsmanagement zu fördern.

Unsere Empfehlungen:

- *Verdoppelung des für Maßnahmen zur Datenerhebung sowie zur Kontrolle und Durchsetzung der Vorschriften vorgesehenen Betrags im Vergleich zum Kommissionsvorschlag;*
- *Flexibilität für die Mitgliedsstaaten, eine Umverteilung zusätzlicher Beihilfen für strukturelle Maßnahmen (Art. 15(2)) auf Maßnahmen zur Kontrolle und Durchsetzung von Richtlinien (Art.*

¹ Siehe z.B. Sonderbericht Nr. 7/2007 des Europäischen Rechnungshofs.

² Mitteilung der Kommission an den Rat: Konsultation zu den Fangmöglichkeiten für 2014 KOM(2013) 319 endg.

³ Sonderberichte Nr. 7/2007 und 12/2011 des Europäischen Rechnungshofs zur Fischerei.

15(3)) sowie zur Datenerhebung (Art. 15(4) vorzunehmen). Dies kann problemlos erreicht werden durch eine modifizierte Aufteilung der Gesamtfinanzierung und Einfügen der Worte „Minimum“ und „Maximum“ in die entsprechenden Absätze.

Streichung von Beihilfen, die einen Anreiz für Überfischung bieten

In vergangenen Finanzierungszeiträumen wurden Beihilfen darauf verwendet, die Flottenkapazitäten der EU (oft über die Grenzen einer nachhaltigen Bewirtschaftung hinaus) zu erhöhen, indem neue Schiffe und neue Motoren sowie Ausfallzeiten von Schiffen, die im Hafen verbleiben (vorübergehende Stilllegung), subventioniert wurden. So haben die Mitgliedsstaaten Millionen von Euro für den Ausbau und die Modernisierung der EU-Fangflotte für Blauflossenthun bezahlt – trotz des kritischen Zustands der Bestände, trotz stetiger Senkung der zulässigen Fangquoten und trotz der Vereinbarung der Internationalen Kommission für den Erhalt der Thunfischbestände im Nordatlantik (ICCAT) über den Abbau von Flottenkapazitäten.

Tatsächlich sind EU-Subventionen in hohem Maße dafür verantwortlich, dass die Fangkapazitäten der EU das nachhaltige Maß überschreiten – nach Schätzung der Europäischen Kommission in manchen Fischereien um das Zwei- bis Dreifache. Die Überfischung ist in EU-Gewässern weit verbreitet. Eine Erhöhung der Anzahl und Größe der Schiffe bedeuten einen größeren wirtschaftlichem Wettbewerb um eine schwindende Rohstoffbasis. Derzeit gelten 39 % der untersuchten Bestände im Atlantik und 88 % im Mittelmeer als überfischt.⁴ Schätzungen zufolge kostet uns die Überfischung jährlich mehr als 3 Milliarden Euro an entgangenen Einkommenschancen, während erholte Bestände mehr als 100.000 Arbeitsplätze sichern könnten.⁵ Die Streichung von Beihilfen, die einen Anreiz für Überfischung bieten, ist für den Wiederaufbau der Fischbestände und für den langfristigen Erhalt eines wirtschaftlich tragfähigen Fischereisektors von entscheidender Bedeutung.

Unsere Empfehlungen:

- *Stimmen Sie gegen die vom Fischereiausschuss mit äußerst knapper Mehrheit von 12 zu 11 verabschiedeten Beihilfen für die Flottenerneuerung (Art. 32 b neu).*
- *Stimmen Sie gegen Änderungsanträge, die Maßnahmen für den Erhalt und Ausbau von Überkapazitäten vorsehen, d. h. Beihilfen für den Austausch von Motoren (Art. 39), für zeitweilige Stilllegungen (Art. 33 a, neu), für Anlagefonds (Art. 33 b, neu) sowie für den Erwerb des ersten Boots durch Jungfischer (Art. 32 a, neu).*

Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an:

Johanna Karhu	BirdLife Europe	+32 (0)478 887 288	johanna.karhu@birdlife.org
Saskia Richartz	Greenpeace	+32 (0)2 274 19 02	Saskia.Richartz@greenpeace.org
Cathrine Schirmer	OCEAN2012 Coalition	+32 (0)483 66 69 67	cschirmer@pewtrusts.org
Vanya Vulperhorst	Oceana	+32 (0)479 92 70 29	vvulperhorst@oceana.org
Roberto Ferrigno	WWF	+32 (0)2 27438811	rferrigno@wwf.eu

⁴ Mitteilung der Kommission an den Rat: Konsultation zu den Fangmöglichkeiten für 2014 KOM(2013) 319 endg.

⁵ nef (new economics foundation) (2012): *Arbeitsplätze – Auf See verschollen (Jobs Lost at Sea)*. London, <http://www.neweconomics.org/node/1968>.